

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/206217]

15. SEPTEMBER 2022 — Erlass der Regierung zur Einführung der Heimarbeit und zur Abänderung verschiedener Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 68, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993, und Artikel 87 § § 1 und 3, ersetzt durch das Sondergesetz vom 8. August 1988;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014, und Artikel 54 Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Januar 1993 zur Festlegung der Schwellenbeträge für die Gewährung einer Wohnungs- und Ortszulage an das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. November 2000 über den Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses zu den Beförderungskosten der Personalmitglieder;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2000 über die Kilometerentschädigung für das Benutzen des Fahrrades auf dem Arbeitsweg zu Gunsten der Personalmitglieder des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2001 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Ministerium und in den paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 5. Juni 2003 über das Urlaubsgeld für die Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Dezember 2005 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Regierung, des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. April 2015 zur Regelung der Spesenerstattung in gewissen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Organisation des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. Oktober 2021 über eine Entschädigung für Heimarbeit im Rahmen der Corona-Krise;

Aufgrund der begründeten Stellungnahme des Direktionsrates des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 31. Mai 2022;

Aufgrund des Protokolls Nr. S9/2022 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 28. Juni 2022;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 18. Juli 2022;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 72.028/1/V des Staatsrates, das am 7. September 2022 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 20. JANUAR 1993 ZUR FESTLEGUNG DER SCHWELLENBETRÄGE FÜR DIE GEWÄHRUNG EINER WOHNUNGS- UND ORTSZULAGE AN DAS PERSONAL DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND DER PARAGEMEINSCHAFTLICHEN EINRICHTUNGEN

Artikel 1 - Artikel 1 Nummer 3 des Erlasses der Regierung vom 20. Januar 1993 zur Festlegung der Schwellenbeträge für die Gewährung einer Wohnungs- und Ortszulage an das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Februar 2003, wird wie folgt ersetzt:

„3. die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;“

KAPITEL 2 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 27. DEZEMBER 1996 ZUR ORGANISATION DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND ZUR REGELUNG DER ANWERBUNG, DER LAUFBAHN UND DER BESOLDUNG DER BEAMTEN

Art. 2 - Artikel 10 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

"Die Regierung bestellt für einen erneuerbaren Zeitraum von fünf Jahren höchstens zwei Stellvertreter des Generalsekretärs unter den mit "positiv" bewerteten Beamten oder Vertragsbediensteten der Stufe I, die zum Zeitpunkt der Bestellung ein allgemeines Dienstalter von mindestens 15 Jahren vorweisen."

2. In Absatz 4 wird die Wortfolge "stellvertretenden Generalsekretär" durch die Wortfolge "Stellvertreter des Generalsekretärs" ersetzt.

3. Folgender Absatz 5 eingefügt:

"Ist der Generalsekretär aufgrund eines Krankheitsurlaubs oder einer anderen Urlaubsform abwesend oder befindet er sich in der Unmöglichkeit, das Ministerium zu leiten, werden die spezifischen Entscheidungsbefugnisse des Generalsekretärs von Amts wegen an seinen Stellvertreter übertragen. Hat die Regierung mehr als einen Stellvertreter des Generalsekretärs bestellt, werden die Entscheidungsbefugnisse an den Stellvertreter mit dem höchsten allgemeinen Dienstalter übertragen. Die Unmöglichkeit, das Ministerium zu leiten, wird von zwei Mitgliedern des Direktionsrates mit Ausnahme des Generalsekretärs festgestellt; der Beschluss wird einstimmig gefasst."

Art. 3 - Artikel 10.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "stellvertretenden Generalsekretäre" durch die Wortfolge "Stellvertreter des Generalsekretärs" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "stellvertretenden Generalsekretärs" durch die Wortfolge "Stellvertreter des Generalsekretärs" ersetzt.

Art. 4 - Artikel 11 § 1 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Der Direktionsrat des Ministeriums hat mindestens drei Mitglieder und setzt sich aus dem Generalsekretär, den Stellvertretern des Generalsekretärs und den Verwaltungsdirektoren zusammen. Der Generalsekretär hat den Vorsitz inne."

Art. 5 - In Artikel 11.3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wortfolge "für das Personal zuständigen stellvertretenden Generalsekretär" und die Wortfolge "für das Personal zuständige stellvertretende Generalsekretär" jeweils durch die Wortfolge "Generalsekretär oder dessen Stellvertreter" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "für das Personal zuständige stellvertretende Generalsekretär" durch die Wortfolge "Generalsekretär oder dessen Stellvertreter" ersetzt.

Art. 6 - In Kapitel I Abschnitt 2 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 17. Januar 2013, vom 19. Januar 2017 und vom 28. Oktober 2021, wird folgender Artikel 11.4 eingefügt:

"Art. 11.4 - Der Direktionsrat bestimmt die unmittelbaren Vorgesetzten, die der Generalsekretär oder sein Stellvertreter umgehend nach Bestellung und nach jeder Änderung bekannt macht. Es kann sich hierbei um Beamte, um Vertragsbedienstete oder um mit einem Auftrag für das Ministerium versehenen Bedienstete des Unterrichtswesens handeln."

Art. 7 - Artikel 39 § 1 Absatz 3 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird aufgehoben.

Art. 8 - Artikel 71 desselben Erlasses der Regierung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 23. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird aufgehoben;

2. Absatz 10 wird wie folgt ersetzt:

"Dem von der Regierung als Stellvertreter des Generalsekretärs bestellten Beamten wird für die Dauer seiner Bestellung die Gehaltstabelle M2 zugeordnet. Diese Bestimmung hat keinerlei Auswirkung hinsichtlich der Beförderungsordnung."

3. Absatz 11 wird wie folgt ersetzt:

"Dem von der Regierung als Fachbereichsleiter bestellten Beamten wird für die Dauer seiner Bestellung die Gehaltstabelle M4 zugeordnet. Diese Bestimmung hat keinerlei Auswirkung hinsichtlich der Beförderungsordnung."

Art. 9 - Artikel 87.5 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird aufgehoben.

Art. 10 - In Artikel 91 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird der zweite Satz gestrichen.

Art. 11 - In Artikel 105 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "den Fachbereichsleiter" durch die Wortfolge "den unmittelbar Vorgesetzten" und die Wortfolge "Der Fachbereichsleiter" durch die Wortfolge "Der unmittelbar Vorgesetzte" ersetzt sowie die Wortfolge "seines Fachbereichs" gestrichen.

Art. 12 - In denselben Erlass der Regierung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird folgendes Kapitel VIII.1, das die Artikel 191.1 bis 191.6 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL VIII.1 - HEIMARBEIT"

Art. 13 - In das Kapitel VIII.1 desselben Erlasses der Regierung wird folgender Artikel 191.1 eingefügt:

"Art. 191.1 - Zur Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. strukturelle Heimarbeit: im Rahmen des Arbeitsverhältnisses regelmäßige Durchführung der Arbeit in den vom Beamten genutzten, privaten Räumlichkeiten, wobei die Durchführung der Arbeit vorab in einer gemäß Artikel 191.2 erstellten Vereinbarung festgelegt wird;

2. gelegentliche Heimarbeit: im Rahmen des Arbeitsverhältnisses gelegentliche Durchführung der Arbeit in den vom Beamten genutzten, privaten Räumlichkeiten mit dem schriftlichen Einverständnis des unmittelbar Vorgesetzten, ohne dass vorab eine gemäß Artikel 191.2 erstellte Vereinbarung vorliegt.“

Art. 14 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 191.2 eingefügt:

“Art. 191.2 - Ein Beamter kann jederzeit einen Antrag zur Ausübung der strukturellen Heimarbeit stellen. Dazu stellt er mindestens einen Monat vor dem geplanten Beginn der strukturellen Heimarbeit einen schriftlichen Antrag bei

1. seinem unmittelbar Vorgesetzten, wenn die strukturelle Heimarbeit bis zu 40 % der Arbeitszeit des Beamten betragen soll;

2. dem Generalsekretär oder seinem Stellvertreter, wenn die strukturelle Heimarbeit mehr als 40 % der Arbeitszeit des Beamten betragen soll.

Der unmittelbar Vorgesetzte bzw. der Generalsekretär oder sein Stellvertreter prüft, ob die Vorstellungen des Beamten mit den Interessen des Dienstes vereinbar sind. Bei positiver Einschätzung trifft er für einen Zeitraum von mindestens drei bis maximal zwölf Monaten eine schriftliche Vereinbarung mit dem Beamten, in der die Modalitäten der strukturellen Heimarbeit festgehalten werden.

Die Vereinbarung enthält mindestens folgende Angaben:

1. den Prozentsatz der Heimarbeit,

2. die zeitliche Organisation, die in Stunden oder Tagen ausgedrückt wird,

3. die Formen der Erreichbarkeit während der Heimarbeit.“

Art. 15 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 191.3 eingefügt:

“Art. 191.3 - § 1 - Für strukturelle Heimarbeit erhält ein Beamter pro Monat eine Entschädigung von 100 Euro multipliziert mit dem in der gemäß Artikel 191.2 erstellten Vereinbarung festgehaltenen Prozentsatz der Heimarbeit im Verhältnis zu einer Vollzeitbeschäftigung.

Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts.

Wenn während mindestens 30 aufeinander folgenden Tagen keine tatsächlichen Dienste geleistet werden, erfolgt die Streichung der Entschädigung ab dem 31. Tag für die Dauer der Abwesenheit.

§ 2 - Für gelegentliche Heimarbeit erhält ein Beamter keine Entschädigung.“

Art. 16 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 191.4 eingefügt:

“Art. 191.4 - Während der Heimarbeit gelten die in der Arbeitsordnung und Arbeitszeitregelung festgehaltenen Regeln.

Der Beamte ist während der Heimarbeit zur Kernarbeitszeit, so wie sie in der Arbeitsordnung festgelegt ist, erreichbar.

Ein Beamter hat keinen absoluten Anspruch auf strukturelle Heimarbeit. Er ist verpflichtet, einem ausnahmsweisen Rückruf eines Vorgesetzten in den Präsenzdienst in den Räumlichkeiten des Arbeitgebers Folge zu leisten.“

Art. 17 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 191.5. eingefügt:

“Art. 191.5 - § 1 - Jede Änderung in der Zuordnung des Beamten zu einem anderen unmittelbar Vorgesetzten beendet die gemäß Artikel 191.2 erstellte Vereinbarung von Amts wegen.

§ 2 - Stellt der unmittelbar Vorgesetzte Mängel bei der Erfüllung der Aufgaben und/oder Erreichbarkeit des Beamten während der Heimarbeit fest, kann der unmittelbar Vorgesetzte die gemäß Artikel 191.2 erstellte Vereinbarung vorzeitig beenden, nachdem er den Beamten angehört hat. Setzt der unmittelbar Vorgesetzte der Vereinbarung ein Ende, teilt er dies dem Beamten schriftlich mit. Die Beendigung wird am zehnten Tag nach dem Tag der Mitteilung wirksam, insofern sich die Parteien nicht auf eine andere Frist verständigen.

§ 3 - Der Beamte kann die gemäß Artikel 191.2 erstellte Vereinbarung vorzeitig beenden, wenn die Dauer der Vereinbarung mehr als drei Monate beträgt. Die Beendigung erfolgt schriftlich an den unmittelbar Vorgesetzten und wird am zehnten Tag nach der Mitteilung wirksam, insofern sich die Parteien nicht auf eine andere Frist verständigen.

§ 4 - Wurde die gemäß Artikel 191.2 erstellte Vereinbarung vom Generalsekretär oder seinem Stellvertreter unterzeichnet, versteht man unter dem in §§ 2 und 3 angeführten unmittelbar Vorgesetzten den Generalsekretär oder seinen Stellvertreter.“

Art. 18 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 191.6 eingefügt:

“Art. 191.6 - Vorliegendes Kapitel ist anwendbar auf die Anwärter und die mit einem Auftrag für das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft versehenen Bediensteten des Unterrichtswesens.“

Art. 19 - In das Kapitel XII desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 10. März 2005, vom 17. Januar 2013 und vom 28. Oktober 2021, wird folgender Artikel 225.4 eingefügt:

“Art. 225.4 - Die beiden Verwaltungsdirektoren, die am 1. Oktober 2022 Mitglied des Direktionsrats sind und das höchste Dienstgradalter aufweisen, sind ab demselben Zeitpunkt für fünf Jahre zu Stellvertretern des Generalsekretärs bestellt.“

Art. 20 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 225.5 eingefügt:

“Art 225.5 - In Abweichung von Artikel 71 Absatz 11 wird dem von der Regierung als Fachbereichsleiter bestellten Beamten, der am 1. Oktober 2022 auf Grundlage der Gehaltstabelle I/10, I/10-59, I/10bis oder I/10bis-59 besoldet wird sowie ein finanzielles Dienstalter von 20 Jahren und ein finanzielles Dienstalter als Fachbereichsleiter von mindestens 10 Jahren aufweist, für die Dauer seiner Bestellung die Gehaltstabelle I/10ter bzw. I/10ter-59 zugeordnet.

In Abweichung der Artikel 87.2-87.4 hat der von der Regierung bestellte Fachbereichsleiter, der gemäß Absatz 1 besoldet wird, kein Anrecht auf eine Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben.“

Art. 21 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 225.6 eingefügt:

“Art. 225.6 - In bestehenden Erlassen oder Beschlüssen der Regierung gegebenenfalls aufgeführte Verweise auf die Gehaltstabelle I/12 sind als Verweise auf die Gehaltstabelle M1 zu verstehen.“

Art. 22 - In Anhang II desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, werden in die Gehaltstabellen, die ab dem 1. Januar 2019 gelten, die Gehaltstabellen M4, M3, M2 und M1, die im Anhang des vorliegenden Erlasses aufgeführt werden, eingefügt.

Art. 23 - In Anhang III desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, werden in der Stufe I die Zeilen 1 und 2 wie folgt ersetzt:

“Generalsekretär M1
Verwaltungsdirektor M3”

Art. 24 - Anhang VII desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Kapitel I Stufe II+ Nummer 4 wird das Wort “Meisterdiplom” durch das “Meisterbrief” ersetzt und die Wortfolge “, wenn der Inhaber des Meisterdiploms ebenfalls über ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts verfügt” gestrichen.

2. In Kapitel I Stufe II Nummer 5 wird das Wort “Meisterdiplom” durch das Wort “Gesellenzeugnis” ersetzt.

3. In das Kapitel II wird folgender § 1.1 eingefügt:

“§ 1.1 - In Abweichung von § 1 werden die Diplome, die von einer deutschen Fachhochschule ausgestellt wurden und den Titel “Diplom (FH)” tragen, in die Liste der Diplome, die Zugang zur Stufe I gewähren, eingeordnet, wenn die Studienzeit mindestens 3,5 Jahre umfasst.”

4. In dasselbe Kapitel wird folgender § 4 eingefügt:

“§ 4 - Gesellenzeugnisse und Meisterbriefe, die gemäß einer ausländischen Regelung erlangt worden sind, werden ebenfalls berücksichtigt, wenn sie nach Gutachten des IAWM dem Gesellenzeugnis bzw. dem Meisterbrief durch die Regierung als gleichwertig anerkannt werden.”

KAPITEL 3 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 30. NOVEMBER 2000 ÜBER DEN BEITRAG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND BESTIMMTER EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES ZU DEN BEFÖRDERUNGSKOSTEN DER PERSONALMITGLIEDER

Art. 25 - Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a) des Erlasses der Regierung vom 30. November 2000 über den Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen Öffentlichen Interesses zu den Beförderungskosten der Personalmitglieder wird wie folgt ersetzt:

“a) der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;”

Art. 26 - Artikel 2 § 3 des desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

“§ 3 - Bei einer teilzeitigen Beschäftigung wird der Beitrag im Verhältnis zum Beschäftigungsprozentsatz gekürzt.

Wenn das Personalmitglied aufgrund einer schriftlichen Vereinbarung strukturell einen Teil seiner Arbeitszeit in Heimarbeit verrichtet, wird der Beitrag des Arbeitgebers an den Beförderungskosten im gleichen Verhältnis zum Prozentsatz der Heimarbeit gekürzt.”

Kapitel 4 - Abänderung des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2000 über die Kilometerentschädigung für das Benutzen des Fahrrades auf dem Arbeitsweg zu Gunsten der Personalmitglieder des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 27 - Artikel 1 Nummer 2 Spiegelstrich 1 des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2000 über die Kilometerentschädigung für das Benutzen des Fahrrades auf dem Arbeitsweg zu Gunsten der Personalmitglieder des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt ersetzt:

“- die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;”

KAPITEL 5 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 7. JUNI 2001 BEZÜGLICH DER ORGANISATION DER EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND ZUR REGELUNG DER ANWERBUNG, DER LAUFBAHN UND DER BESOLDUNG DER BEAMTEN DIESER EINRICHTUNGEN

Art. 28 - Artikel 1 Nummer 1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen Öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen wird wie folgt ersetzt:

“1. Die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben”

Art. 29 - In Artikel 15.2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird nach der Zahl “172” die Angabe “,191.2, 191.5” eingefügt.

Art. 30 - In Artikel 17 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 29. Oktober 2015, wird die Zeile 1 wie folgt ersetzt:

“Geschäftsführender Direktor M3”

KAPITEL 6 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 28. SEPTEMBER 2001 BEZÜGLICH DER LAUFBAHNUNTERBRECHUNG IM MINISTERIUM UND IN DEN PARAGEMEINSCHAFTLICHEN EINRICHTUNGEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 31 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2001 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Ministerium und in den paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

“2. die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;”

2. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

"5. das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft."

Kapitel 7 - Abänderung des Erlasses der Regierung vom 5. Juni 2003 über das Urlaubsgeld für die Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 32 - Artikel 1 Nummer 2 des Erlasses der Regierung vom 5. Juni 2003 über das Urlaubsgeld für die Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt ersetzt:

"2. der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;"

KAPITEL 8 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 17. JULI 2003 ZUR BESTIMMUNG DER RECHTSPOSITION DES UNTER ARBEITSVERTRAG EINGESTELLTEN PERSONALS DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND BESTIMMTER EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES

Art. 33 - Artikel 1 Absatz 1 Nummer 3 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen Öffentlichen Interesses wird wie folgt ersetzt:

"3. der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben"

Art. 34 - In Artikel 9.2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe "I/8" durch die Angabe "M4" ersetzt und die Wortfolge ", bis er in Anwendung der Bestimmungen von Artikel 12 des vorliegenden Erlasses auf Grundlage einer höheren Gehaltstabelle entlohnt wird" gestrichen.

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "und 2" gestrichen.

Art. 35 - In Kapitel III desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 13. Januar 2017 und vom 23. Mai 2019, wird folgender Artikel 9.4 eingefügt:

"Art. 9.4 - Stellvertreter des Generalsekretärs

Wird ein Vertragsbediensteter des Ministeriums gemäß Artikel 10 desselben Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 durch die Regierung als Stellvertreter des Generalsekretärs bestellt, wird er während seiner Bestellung als Stellvertreter des Generalsekretärs auf Grundlage der Gehaltstabelle M2 entlohnt. Diese Bestimmung hat keinerlei Auswirkung hinsichtlich der finanziellen Aufwertung."

Art. 36 - In das Kapitel IIIbis desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 23. Mai 2019, wird folgender Artikel 12.7 eingefügt:

"Art. 12.7 - Heimarbeit

Die Artikel 191.1 bis 191.6 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 finden Anwendung auf die Vertragsbediensteten."

Kapitel 9 - Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Dezember 2005 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Regierung, des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 37 - In Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 des Erlasses der Regierung vom 22. Dezember 2005 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Regierung, des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Wortfolge "Dienststelle für Personen mit einer Behinderung" durch die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

Art. 38 - In Artikel 3 § 2 Absatz 3 Nummer 2 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 20. Februar 2014, wird die Wortfolge "Dienststelle für Personen mit einer Behinderung" durch die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

KAPITEL 10 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 19. JULI 2012 ZUR ERTEILUNG BESTIMMTER VOLLMACHTEN AN BEDIENSTETE DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 39 - Artikel 2 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird aufgehoben.

Art. 40 - Artikel 13 des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 21. Februar 2017, vom 30. Mai 2017 und vom 31. Januar 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Nummer 1.1 wird eingefügt:

"1.1. den Empfang des Vorschlags zur Bildung eines Referats, das Einbringen des Vorschlags in den Direktionsrat, die Zuordnung der Mitarbeiter zu einem Referatsleiter gemäß Artikel 11.3 desselben Erlasses;"

2. Folgende Nummer 1.2 wird eingefügt:

"1.2. die Bekanntmachung der vom Direktionsrat bestellten unmittelbaren Vorgesetzten gemäß Artikel 11.4 desselben Erlasses;"

3. Nummer 11 wird aufgehoben.

4. Folgende Nummer 39.1 wird eingefügt:

"39.1. der Abschluss einer Vereinbarung über strukturelle Heimarbeit, sowie der Empfang des Antrags auf strukturelle Heimarbeit und dessen Überprüfung gemäß Artikel 191.2 desselben Erlasses;"

5. Folgende Nummer 39.2 wird eingefügt:

"39.2. die Veranlassung oder der Empfang einer vorzeitigen Beendigung einer Vereinbarung über strukturelle Heimarbeit gemäß Artikel 191.5 § 4 desselben Erlasses;"

KAPITEL 11 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 23. APRIL 2015 ZUR REGELUNG DER SPESENERSTATTUNG IN GEWISSEN EINRICHTUNGEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 41 - Artikel 15 Absatz 3 des Erlasses der Regierung vom 23. April 2015 zur Regelung der Spesenerstattung in gewissen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird aufgehoben.

Kapitel 12 - Abänderung des Erlasses der Regierung vom 13. April 2017 zur Festlegung des Stellenplans für das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 42 - In Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 13. April 2017 zur Festlegung des Stellenplans für das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Zeile "Kunstwissenschaftlicher Berater, wissenschaftlicher Referent oder kunstwissenschaftlicher beigeordneter Berater (*) (2) 1" gestrichen.

Art. 43 - Artikel 4 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"Art. 4 - Der Dienstgrad "Verwaltungsdirektor" wird aus dem Stellenplan gestrichen, sobald der letzte Beamte, der diesen Dienstgrad besetzt, einen anderen Dienstgrad einnimmt, den Dienst endgültig verlässt oder in den Ruhestand versetzt wird."

KAPITEL 13 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG 23. MAI 2019 ZUR ORGANISATION DES BELGISCHEN RUNDUNK- UND FERNSEHZENTRUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND ZUR REGELUNG DER ANWERBUNG, DER LAUFBAHN UND DER BESOLDUNG DER BEAMTEN

Art. 44 - In das Kapitel I Abschnitt 2 des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Organisation des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird folgender Artikel 12.2 eingefügt:

"Art. 12.2 - Der Direktionsrat bestimmt die unmittelbaren Vorgesetzten, die der Direktor umgehend nach Bestellung und nach jeder Änderung bekannt macht. Es kann sich hierbei um Beamte, um Vertragsbedienstete oder um mit einem Auftrag für den BRF versehenen Bediensteten des Unterrichtswesens handeln."

Art. 45 - Artikel 48 § 1 Absatz 3 desselben Erlasses der Regierung wird aufgehoben.

Art. 46 - In Artikel 98 desselben Erlasses der Regierung wird der zweite Satz gestrichen.

Art. 47 - In Artikel 117 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung wird die Wortfolge "den Fachbereichsleiter" durch die Wortfolge "den unmittelbar Vorgesetzten" und die Wortfolge "Der Fachbereichsleiter" durch die Wortfolge "Der unmittelbar Vorgesetzte" ersetzt sowie die Wortfolge "seines Fachbereichs" gestrichen.

Art. 48 - In denselben Erlass der Regierung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird folgendes Kapitel 9.1, das die Artikel 207.1 bis 207.6 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL 9.1 - HEIMARBEIT"

Art. 49 - In das Kapitel 9.1 desselben Erlasses der Regierung wird folgender Artikel 207.1 eingefügt:

"Art. 207.1 - Zur Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. strukturelle Heimarbeit: im Rahmen des Arbeitsverhältnisses regelmäßige Durchführung der Arbeit in den vom Beamten genutzten, privaten Räumlichkeiten, wobei die Durchführung der Arbeit vorab in einer gemäß Artikel 207.2 erstellten Vereinbarung festgelegt wird;

2. gelegentliche Heimarbeit: im Rahmen des Arbeitsverhältnisses gelegentliche Durchführung der Arbeit in den vom Beamten genutzten, privaten Räumlichkeiten mit dem schriftlichen Einverständnis des unmittelbar Vorgesetzten, ohne dass vorab eine gemäß Artikel 207.2 erstellten Vereinbarung vorliegt."

Art. 50 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 207.2 eingefügt:

"Art. 207.2 - Ein Beamter kann jederzeit einen Antrag zur Ausübung der strukturellen Heimarbeit stellen. Dazu stellt er mindestens einen Monat vor dem geplanten Beginn der strukturellen Heimarbeit einen schriftlichen Antrag bei

1. seinem unmittelbar Vorgesetzten, wenn die strukturelle Heimarbeit bis zu 40 % der Arbeitszeit des Beamten betragen soll.

2. dem Direktor, wenn die strukturelle Heimarbeit mehr als 40 % der Arbeitszeit des Beamten betragen soll.

Der unmittelbar Vorgesetzte bzw. der Direktor prüft, ob die Vorstellungen des Beamten mit den Interessen des Dienstes vereinbar sind. Bei positiver Einschätzung trifft er für einen Zeitraum von mindestens drei bis maximal zwölf Monaten eine schriftliche Vereinbarung mit dem Beamten, in der die Modalitäten der strukturellen Heimarbeit festgehalten werden.

Die Vereinbarung enthält mindestens folgende Angaben:

1. den Prozentsatz der Heimarbeit,
2. die zeitliche Organisation, die in Stunden oder Tagen ausgedrückt wird,
3. die Formen der Erreichbarkeit während der Heimarbeit."

Art. 51 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 207.3 eingefügt:

"Art. 207.3 - § 1 - Für strukturelle Heimarbeit erhält ein Beamter pro Monat eine Entschädigung von 100 Euro multipliziert mit dem in der gemäß Artikel 207.2 erstellten Vereinbarung festgehaltenen Prozentsatz der Heimarbeit im Verhältnis zu einer Vollzeitbeschäftigung.

Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts.

Wenn während mindestens 30 aufeinander folgenden Tagen keine tatsächlichen Dienste geleistet werden, erfolgt die Streichung der Entschädigung ab dem 31. Tag für die Dauer der Abwesenheit.

§ 2 - Für gelegentliche Heimarbeit erhält ein Beamter keine Entschädigung."

Art. 52 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 207.4 eingefügt:

"Art. 207.4 - Während der Heimarbeit gelten die in der Arbeitsordnung und Arbeitszeitregelung festgehaltenen Regeln.

Der Beamte ist während der Heimarbeit zur Kernarbeitszeit, so wie sie in der Arbeitsordnung festgelegt ist, erreichbar.

Ein Beamter hat keinen absoluten Anspruch auf strukturelle Heimarbeit. Er ist verpflichtet, einem ausnahmsweisen Rückruf eines Vorgesetzten in den Präsenzdienst in den Räumlichkeiten des Arbeitgebers Folge zu leisten."

Art. 53 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 207.5. eingefügt:

"Art. 207.5 - § 1 - Jede Änderung in der Zuordnung des Beamten zu einem anderen unmittelbar Vorgesetzten beendet die gemäß Artikel 207.2 erstellte Vereinbarung von Amts wegen.

§ 2 - Stellt der unmittelbar Vorgesetzte Mängel bei der Erfüllung der Aufgaben und/oder Erreichbarkeit des Beamten während der Heimarbeit fest, kann der unmittelbar Vorgesetzte die gemäß Artikel 207.2 erstellte Vereinbarung vorzeitig beenden, nachdem er den Beamten angehört hat. Setzt der unmittelbar Vorgesetzte der Vereinbarung ein Ende, teilt er dies dem Beamten schriftlich mit. Die Beendigung wird am zehnten Tag nach dem Tag der Mitteilung wirksam, insofern sich die Parteien nicht auf eine andere Frist verständigen.

§ 3 - Der Beamte kann die gemäß Artikel 207.2 erstellte Vereinbarung vorzeitig beenden, wenn die Dauer der Vereinbarung mehr als drei Monate beträgt. Die Beendigung erfolgt schriftlich an den unmittelbar Vorgesetzten und wird am zehnten Tag nach der Mitteilung wirksam, insofern sich die Parteien nicht auf eine andere Frist verständigen.

§ 4 - Wurde die gemäß Artikel 207.2 erstellte Vereinbarung vom Direktor unterzeichnet, versteht man unter dem in § 2 und 3 angeführten unmittelbar Vorgesetzten den Direktor."

Art. 54 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 207.6 eingefügt:

"Art. 207.6 - Vorliegendes Kapitel ist anwendbar auf die Anwärter und die mit einem Auftrag für den BRF versehenen Bediensteten des Unterrichtswesens."

Art. 55 - Anhang IV desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In Kapitel I Stufe II+ Nummer 4 wird das Wort "Meisterdiplom" durch das "Meisterbrief" ersetzt und die Wortfolge ", wenn der Inhaber des Meisterdiploms ebenfalls über ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts verfügt" gestrichen.

2. In Kapitel I Stufe II Nummer 5 wird das Wort "Meisterdiplom" durch das Wort "Gesellenzeugnis" ersetzt.

3. In das Kapitel II wird folgender § 1.1 eingefügt:

"§ 1.1 - In Abweichung von § 1 werden die Diplome, die von einer deutschen Fachhochschule ausgestellt wurden und den Titel "Diplom (FH)" tragen, in die Liste der Diplome, die Zugang zur Stufe I gewähren, eingeordnet, wenn die Studienzeit mindestens 3,5 Jahre umfasst."

4. In dasselbe Kapitel wird folgender § 4 eingefügt:

"Gesellenzeugnisse und Meisterbriefe, die gemäß einer ausländischen Regelung erlangt worden sind, werden ebenfalls berücksichtigt, wenn sie nach Gutachten des IAWM dem Gesellenzeugnis bzw. dem Meisterbrief durch die Regierung als gleichwertig anerkannt werden."

KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 23. MAI 2019 ZUR BESTIMMUNG DER RECHTSPOSITION DES UNTER ARBEITSVERTRAG EINGESTELLTEN PERSONALS DES BELGISCHEN RUNDfunk- UND FERNSEHZENTRUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 56 - In das Kapitel 4 des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird folgender Artikel 18.1 eingefügt:

"Art. 18.1 - Heimarbeit

Die Artikel 207.1 bis 207.6 des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 finden Anwendung auf die Vertragsbediensteten."

KAPITEL 15 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 28. OKTOBER 2021 ÜBER EINE ENTSCHÄDIGUNG FÜR HEIMARBEIT IM RAHMEN DER CORONA-KRISE

Art. 57 - In Artikel 1 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 28. Oktober 2021 über eine Entschädigung für Heimarbeit im Rahmen der Corona-Krise wird im einleitenden Satz die Angabe "31. Dezember 2021" durch die Angabe "31. März 2022" ersetzt.

Art. 58 - In Artikel 2 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung wird das Wort "zwei" durch das Wort "drei" ersetzt und am Ende des Satzes die Wortfolge "sowie Oktober 2022" eingefügt.

Art. 59 - Artikel 3 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "100 Euro pro Halbjahr" durch die Wortfolge "50 Euro pro Quartal" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird am Ende des Satzes die Wortfolge "sowie Juni 2022" eingefügt.

Art. 60 - In Artikel 5 desselben Erlasses der Regierung wird die Angabe "31. Dezember 2021" durch die Angabe "31. März 2022" ersetzt.

KAPITEL 16 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 61 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Oktober 2022 in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 57 bis 60, die mit Wirkung vom 31. Dezember 2021 in Kraft treten.

Art. 62 - Der für das Personal zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt. Eupen, den 15. September 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Anhang zum Erlass der Regierung vom 15. September 2022 zur Einführung der Heimarbeit und zur Abänderung verschiedener Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Barema			M4
Erhöhung	jährl.	3	2.014,14
	zweijährl.	3	2.014,14
	zweijährl.	7	2.014,14
Min			30.921,00
Max			57.104,87
0			30.921,00
1			32.935,14
2			34.949,29
3			36.963,43
5			38.977,58
7			40.991,72
9			43.005,86
11			45.020,01
13			47.034,15
15			49.048,29
17			51.062,44
19			53.076,58
21			55.090,73
23			57.104,87

Barema			M3
Erhöhung	jährl.	3	1.718,81
	zweijährl.	3	1.718,81
	zweijährl.	7	1.718,81
Min			43.164,22
Max			65.508,80
0			43.164,22
1			44.883,03
2			46.601,85
3			48.320,66
5			50.039,48
7			51.758,29
9			53.477,10
11			55.195,92
13			56.914,73
15			58.633,54
17			60.352,36
19			62.071,17
21			63.789,99
23			65.508,80

Barema			M2
Erhöhung	jährl.	3	2.309,35
	zweijährl.	3	2.309,35
	zweijährl.	7	2.309,35
Min			43.164,22
Max			73.185,81
0			43.164,22
1			45.473,57
2			47.782,93
3			50.092,28
5			52.401,63
7			54.710,99
9			57.020,34
11			59.329,69
13			61.639,04
15			63.948,40
17			66.257,75
19			68.567,10
21			70.876,46
23			73.185,81

Barema			M1
Erhöhung	jährl.	3	2189,72
	zweijährl.	3	2189,72
	zweijährl.	7	2189,72
Min			58.918,98
Max			87.385,33
0			58.918,98
1			61.108,70
2			63.298,42
3			65.488,14
5			67.677,86
7			69.867,58
9			72.057,30
11			74.247,01
13			76.436,73
15			78.626,45
17			80.816,17
19			83.005,89
21			85.195,61
23			87.385,33

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 15. September 2022 zur Einführung der Heimarbeit und zur Abänderung verschiedener Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigelegt zu werden.

Eupen, den 15. September 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2022/206217]

15 SEPTEMBRE 2022. — Arrêté du Gouvernement instaurant le télétravail et modifiant différentes dispositions concernant le personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 68, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993, et l'article 87, § 1^{er} et 3, remplacé par la loi spéciale du 8 août 1988;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 51, modifié par les lois des 16 juillet 1993 et 6 janvier 2014, et l'article 54, alinéa 1^{er}, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, l'article 102, § 1^{er}, alinéa 1^{er};

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 janvier 1993 fixant les montants-pivots pour l'octroi d'une allocation de foyer ou d'une allocation de résidence au personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 30 novembre 2000 concernant l'intervention de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public dans les frais de transport des membres du personnel;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 2000 relatif à l'indemnité kilométrique allouée aux membres du personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone pour l'utilisation de la bicyclette sur le chemin du travail;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2001 relatif à l'interruption de carrière au sein du Ministère et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 5 juin 2003 relatif au pécule de vacances octroyé aux membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2005 portant création d'un service social pour le personnel du Gouvernement, du Ministère et de certains organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 23 avril 2015 réglant le remboursement de frais dans certaines institutions de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 portant organisation du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021 relatif à une allocation pour télétravail dans le cadre de la crise provoquée par le coronavirus;

Vu l'avis motivé rendu le 31 mai 2022 par le conseil de direction du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu le protocole n° S9/2022 du comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone du 28 juin 2022;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 18 juillet 2022;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 72.028/1/V, donné le 7 septembre 2022, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er} - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 20 janvier 1993 fixant les montants-pivots pour l'octroi d'une allocation de foyer ou d'une allocation de résidence au personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires*

Article 1^{er} - Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 20 janvier 1993 fixant les montants-pivots pour l'octroi d'une allocation de foyer ou d'une allocation de résidence au personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 février 2003, le 3^o est remplacé par ce qui suit :

« 3^o l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée; ».

CHAPITRE 2 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents*

Art. 2 - À l'article 10 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement désigne, pour une période renouvelable de cinq ans, au maximum deux suppléants du secrétaire général parmi les agents statutaires ou contractuels du niveau I ayant une évaluation positive et justifiant, au moment de leur désignation, d'une ancienneté de service d'au moins quinze ans. »;

2^o dans l'alinéa 4, les mots « secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « suppléant du secrétaire général »;

3° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En cas d'absence du secrétaire général en raison d'un congé de maladie ou de toute autre forme de congé ou s'il est dans l'impossibilité de diriger le Ministère, les compétences décisionnelles spécifiques du secrétaire général sont déléguées d'office à son suppléant. Si le Gouvernement a désigné plusieurs suppléants du secrétaire général, les compétences décisionnelles sont déléguées au suppléant qui présente l'ancienneté de service la plus élevée. L'impossibilité de diriger le Ministère est constatée par deux membres du conseil de direction, à l'exception du secrétaire général; la décision est prise à l'unanimité. »

Art. 3 - À l'article 10.1 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « secrétaires généraux suppléants » sont remplacés par les mots « suppléants du secrétaire général »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « suppléant du secrétaire général ».

Art. 4 - Dans l'article 11 du même arrêté du Gouvernement, le § 1^{er}, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Le conseil de direction du Ministère compte au moins trois membres et se compose du secrétaire général, de ses suppléants et des directeurs d'administration. Le secrétaire général assure la présidence. »

Art. 5 - À l'article 11.3 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « au secrétaire général suppléant compétent en matière de personnel » sont remplacés par les mots « au secrétaire général ou à son suppléant », et les mots « le secrétaire général suppléant compétent en matière de personnel » sont remplacés par les mots « le secrétaire général ou son suppléant »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « le secrétaire général suppléant compétent en matière de personnel » sont remplacés par les mots « le secrétaire général ou son suppléant ».

Art. 6 - Dans le chapitre 1^{er} du même arrêté du Gouvernement, la section 2, modifiée par les arrêtés du Gouvernement des 17 janvier 2013, 19 janvier 2017 et 28 octobre 2021, est complétée par un article 11.4 rédigé comme suit :

« Art. 11.4 - Le conseil de direction désigne les supérieurs hiérarchiques immédiats dont le nom est communiqué par le secrétaire général ou son suppléant dès leur désignation et après chaque changement. Il peut s'agir d'agents statutaires, d'agents contractuels ou d'agents détachés de l'enseignement et chargés d'une mission pour le Ministère. »

Art. 7 - Dans l'article 39, § 1^{er}, du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 8 - À l'article 71 du même arrêté du Gouvernement, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2 est abrogé;

2° l'alinéa 10 est remplacé par ce qui suit :

« L'agent désigné comme suppléant du secrétaire général par le Gouvernement bénéficie, pour la durée de sa désignation, de l'échelle de traitement M2. Cette disposition n'a aucune influence sur le classement des candidats à la promotion. »;

3° l'alinéa 11 est remplacé par ce qui suit :

« L'agent désigné comme chef de département par le Gouvernement bénéficie, pour la durée de sa désignation, de l'échelle de traitement M4. Cette disposition n'a aucune influence sur le classement des candidats à la promotion. »

Art. 9 - L'article 87.5 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, est abrogé.

Art. 10 - Dans l'article 91 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, la deuxième phrase est abrogée.

Art. 11 - Dans l'article 105, alinéa 2, du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « le chef de département » sont à chaque fois remplacés par les mots « le supérieur hiérarchique immédiat », et les mots « de son département » sont abrogés.

Art. 12 - Dans le même arrêté du Gouvernement, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021, il est inséré un chapitre VIII.1, comportant les articles 191.1 à 191.6, intitulé comme suit :

« Chapitre VIII.1 - Télétravail ».

Art. 13 - Dans le chapitre VIII.1 du même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 191.1 rédigé comme suit :

« Art. 191.1 - Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par :

1° télétravail structurel : dans le cadre de la relation de travail, l'exécution régulière du travail dans les locaux privés utilisés par l'agent, l'exécution du travail étant définie au préalable dans une convention établie conformément à l'article 191.2;

2° télétravail occasionnel : dans le cadre de la relation de travail, l'exécution occasionnelle du travail dans les locaux privés utilisés par l'agent avec l'accord écrit du supérieur hiérarchique immédiat, sans établissement préalable d'une convention conformément à l'article 191.2. »

Art. 14 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 191.2 rédigé comme suit :

« Art. 191.2 - Un agent peut à tout moment introduire une demande de télétravail structurel. Pour ce faire, il introduit au moins un mois avant le début prévu du télétravail structurel une demande écrite auprès :

1° de son supérieur hiérarchique immédiat si le télétravail structurel doit représenter jusqu'à 40 % de son temps de travail;

2° du secrétaire général ou de son suppléant si le télétravail structurel doit représenter plus de 40 % de son temps de travail.

Le supérieur hiérarchique immédiat ou, selon le cas, le secrétaire général ou son suppléant vérifie si les attentes de l'agent sont compatibles avec les intérêts du service. En cas d'appréciation positive, il conclut avec l'agent, pour une durée de trois mois minimum à douze mois maximum, une convention écrite dans laquelle sont fixées les modalités du télétravail structurel.

La convention comporte au moins les éléments suivants :

- 1° le pourcentage de télétravail;
- 2° l'organisation temporelle, exprimée en heures ou en jours;
- 3° les manières d'être joignable pendant le télétravail. »

Art. 15 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 191.3 rédigé comme suit :

« *Art. 191.3* - § 1^{er} - Dans le cas du télétravail structurel, l'agent reçoit par mois une indemnité de 100 euros multipliée par le pourcentage de télétravail fixé dans la convention établie conformément à l'article 191.2 au prorata d'une occupation à temps plein.

L'indemnité est liquidée en même temps que le traitement mensuel.

Si aucun service effectif n'est presté pendant une période d'au moins trente jours consécutifs, l'indemnité n'est pas liquidée à partir du trente-et-unième jour pour la durée de l'absence.

§ 2 - Dans le cas du télétravail occasionnel, l'agent ne reçoit aucune indemnité. »

Art. 16 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 191.4 rédigé comme suit :

« *Art. 191.4* - Dans le cadre du télétravail, les règles fixées dans le règlement de travail et celles en matière de régime de temps de travail s'appliquent.

L'agent est joignable pendant le télétravail au cours de la plage horaire fixe de travail, telle qu'établie dans le règlement de travail.

Un agent n'a pas un droit absolu au télétravail structurel. Il est tenu de se conformer à l'appel exceptionnel d'un supérieur hiérarchique exigeant sa présence dans les locaux de l'employeur. »

Art. 17 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 191.5 rédigé comme suit :

« *Art. 191.5* - § 1^{er} - Tout changement lié à l'affectation de l'agent auprès d'un autre supérieur hiérarchique immédiat met fin d'office à la convention établie conformément à l'article 191.2.

§ 2 - Si le supérieur hiérarchique immédiat constate des manquements dans l'exécution des tâches de l'agent et/ou quant à la possibilité de joindre ce dernier dans le cadre du télétravail, il peut mettre fin de manière anticipée à la convention établie conformément à l'article 191.2, après avoir entendu ledit agent. Si le supérieur hiérarchique immédiat met fin à la convention, il en informe l'agent concerné par écrit. La résiliation de la convention prend effet le dixième jour suivant le jour de la notification, à moins que les parties ne conviennent d'un autre délai.

§ 3 - L'agent peut mettre fin de manière anticipée à la convention établie conformément à l'article 191.2 si la durée de validité de celle-ci est supérieure à trois mois. La résiliation de la convention est notifiée par écrit au supérieur hiérarchique immédiat et prend effet le dixième jour suivant la notification, à moins que les parties ne conviennent d'un autre délai.

§ 4 - Si la convention établie conformément à l'article 191.2 a été signée par le secrétaire général ou son suppléant, il faut entendre par supérieur hiérarchique immédiat, tel que mentionné aux § 2 et 3, le secrétaire général ou son suppléant. »

Art. 18 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 191.6 rédigé comme suit :

« *Art. 191.6* - Le présent chapitre s'applique aux stagiaires et aux agents détachés de l'enseignement et chargés d'une mission pour le Ministère de la Communauté germanophone. »

Art. 19 - Dans le chapitre XII du même arrêté du Gouvernement, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 10 mars 2005, 17 janvier 2013 et 28 octobre 2021, il est inséré un article 225.4 rédigé comme suit :

« *Art. 225.4* - Les deux directeurs d'administration qui, au 1^{er} octobre 2022, sont membres du conseil de direction et présentent l'ancienneté de grade la plus élevée sont désignés comme suppléants du secrétaire général pour cinq ans à partir de la même date. »

Art. 20 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 225.5 rédigé comme suit :

« *Art. 225.5* - Par dérogation à l'article 71, alinéa 11, l'agent désigné comme chef de département par le Gouvernement qui, au 1^{er} octobre 2022, est rémunéré sur la base de l'échelle de traitement I/10, I/10-59, I/10bis ou I/10bis-59 et justifie d'une ancienneté pécuniaire de vingt ans et d'une ancienneté pécuniaire d'au moins dix ans comme chef de département bénéficie, pour la durée de sa désignation, de l'échelle de traitement I/10ter ou I/10ter-59, selon le cas.

Par dérogation aux articles 87.2 à 87.4, le chef de département désigné par le Gouvernement qui est rémunéré conformément à l'alinéa 1^{er} n'a pas droit à une allocation de management et d'encadrement. »

Art. 21 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 225.6 rédigé comme suit :

« *Art. 225.6* - Les références à l'échelle de traitement I/12 mentionnées, le cas échéant, dans les arrêtés ou décisions du Gouvernement existants doivent s'entendre comme des références à l'échelle de traitement M1. »

Art. 22 - Dans l'annexe II du même arrêté du Gouvernement, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012 et modifiée par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, sont ajoutées aux échelles de traitement qui s'appliquent à partir du 1^{er} janvier 2019 les échelles de traitement M4, M3, M2 et M1 qui figurent en annexe du présent arrêté.

Art. 23 - Dans l'annexe III du même arrêté du Gouvernement, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012 et modifiée par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, les lignes 1 et 2 du niveau I sont remplacées par ce qui suit :

« Secrétaire général M1

Directeur d'administration M3 ».

Art. 24 - À l'annexe VII du même arrêté du Gouvernement, insérée par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le chapitre I^{er}, niveau II+, 4°, les mots « si le titulaire est également porteur du certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur » sont abrogés;

2° dans le chapitre I^{er}, niveau II, 5°, les mots « le certificat de fin de formation de futur chef d'entreprise (*Meisterbrief*) » sont remplacés par les mots « le certificat de fin d'apprentissage (*Gesellenzeugnis*) »;

3° dans le chapitre II, il est inséré un paragraphe § 1.1 rédigé comme suit:

« § 1.1 - Par dérogation au § 1^{er}, les diplômes délivrés par une haute école spécialisée allemande et qui ont pour titre "Diplom (FH)" sont classés dans la liste des diplômes donnant accès au niveau I si la durée des études est d'au moins trois ans et demi. »;

4° le même chapitre est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Sont admis également les certificats de fin d'apprentissage et de fin de formation de futur chef d'entreprise obtenus selon un régime étranger si, après avis de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME (IAWM), ils sont reconnus par le Gouvernement comme étant équivalents au certificat de fin d'apprentissage (*Gesellenzeugnis*) ou, selon le cas, au certificat de fin de formation de futur chef d'entreprise (*Meisterbrief*). »

CHAPITRE 3 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 30 novembre 2000 concernant l'intervention de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public dans les frais de transport des membres du personnel*

Art. 25 - Dans l'article 1^{er}, 2°, de l'arrêté du Gouvernement du 30 novembre 2000 concernant l'intervention de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public dans les frais de transport des membres du personnel, le a) est remplacé par ce qui suit :

« a) de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée; ».

Art. 26 - Dans l'article 2 du même arrêté du Gouvernement, le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - En cas d'engagement à temps partiel, l'intervention est réduite au prorata du pourcentage d'occupation.

Si le membre du personnel preste une partie de son temps de travail sous forme de télétravail structurel en vertu d'une convention écrite, l'intervention de l'employeur dans les frais de transport est réduite au prorata du pourcentage de télétravail. »

CHAPITRE 4 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 2000 relatif à l'indemnité kilométrique allouée aux membres du personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone pour l'utilisation de la bicyclette sur le chemin du travail*

Art. 27 - Dans l'article 1^{er}, 2°, de l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 2000 relatif à l'indemnité kilométrique allouée aux membres du personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone pour l'utilisation de la bicyclette sur le chemin du travail, le premier tiret est remplacé par ce qui suit :

« - l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée; ».

CHAPITRE 5 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents*

Art. 28 - Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée; ».

Art. 29 - Dans l'article 15.2 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les mots « , 191.2, 191.5 » sont insérés entre le mot « 172 » et les mots « et 217 ».

Art. 30 - Dans l'article 17 du même arrêté du Gouvernement, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 29 octobre 2015, la ligne 1 est remplacée par ce qui suit :

« Directeur délégué M3 »

CHAPITRE 6 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2001 relatif à l'interruption de carrière au sein du Ministère et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone*

Art. 31 - À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2001 relatif à l'interruption de carrière au sein du Ministère et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée; »

2° dans le 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° l'alinéa est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° le Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone. »

CHAPITRE 7 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 5 juin 2003 relatif au pécule de vacances octroyé aux membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone*

Art. 32 - Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 5 juin 2003 relatif au pécule de vacances octroyé aux membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée; ».

CHAPITRE 8 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public*

Art. 33 - Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée; ».

Art. 34 - À l'article 9.2 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « I/8 » est remplacé par le mot « M4 » et les mots « , et ce, jusqu'à ce qu'il soit rémunéré sur la base d'une échelle de traitement supérieure en application des dispositions de l'article 12 du présent arrêté » sont abrogés;

2° l'alinéa 2 est abrogé;

3° dans l'alinéa 3, les mots « des alinéas 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « de l'alinéa 1^{er} ».

Art. 35 - Dans le chapitre III du même arrêté du Gouvernement, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 13 janvier 2017 et 23 mai 2019, il est inséré un article 9.4 rédigé comme suit :

« Art. 9.4 - *Suppléant du secrétaire général*

Si un agent contractuel du Ministère est désigné comme suppléant du secrétaire général par le Gouvernement conformément à l'article 10 du même arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996, il est rémunéré sur la base de l'échelle de traitement M2 durant sa désignation comme suppléant du secrétaire général. Cette disposition n'a aucune influence sur la valorisation financière. »

Art. 36 - Dans le chapitre IIIbis du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019, il est inséré un article 12.7 rédigé comme suit :

« Art. 12.7 - *Télétravail*

Les articles 191.1 à 191.6 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 s'appliquent aux agents contractuels. »

CHAPITRE 9 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2005 portant création d'un service social pour le personnel du Gouvernement, du Ministère et de certains organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone*

Art. 37 - Dans l'article 2, alinéa 1^{er}, 4^o, de l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2005 portant création d'un service social pour le personnel du Gouvernement, du Ministère et de certains organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone, les mots « l'Office pour les personnes handicapées » sont remplacés par les mots « l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ».

Art. 38 - Dans l'article 3, § 2, alinéa 3, 2^o, du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 20 février 2014, les mots « l'Office pour les personnes handicapées » sont remplacés par les mots « l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ».

CHAPITRE 10 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone*

Art. 39 - Dans l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, l'alinéa 1^{er} est abrogé.

Art. 40 - À l'article 13 de l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 21 février 2017, 30 mai 2017 et 31 janvier 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1^o il est inséré un 1.1^o rédigé comme suit :

« 1.1^o réceptionner la proposition de création d'une unité, la présenter au sein du conseil de direction et affecter les collaborateurs auprès d'un chef d'unité, conformément à l'article 11.3 du même arrêté; »

2^o il est inséré un 1.2^o rédigé comme suit :

« 1.2^o communiquer le nom des supérieurs hiérarchiques immédiats désignés par le conseil de direction, conformément à l'article 11.4 du même arrêté; »

3^o le 11^o est abrogé;

4^o il est inséré un 39.1^o rédigé comme suit :

« 39.1 conclure une convention de télétravail structurel, réceptionner la demande de télétravail structurel et examiner ladite demande, conformément à l'article 191.2 du même arrêté; »

5^o il est inséré un 39.2^o rédigé comme suit :

« 39.2^o initier ou réceptionner la résiliation anticipée d'une convention de télétravail structurel, conformément à l'article 191.5, § 4, du même arrêté; ».

CHAPITRE 11 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 23 avril 2015 réglant le remboursement de frais dans certaines institutions de la Communauté germanophone*

Art. 41 - Dans l'article 15 de l'arrêté du Gouvernement du 23 avril 2015 réglant le remboursement de frais dans certaines institutions de la Communauté germanophone, l'alinéa 3 est abrogé.

CHAPITRE 12 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 13 avril 2017 fixant le cadre du personnel du Ministère de la Communauté germanophone*

Art. 42 - Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 13 avril 2017 fixant le cadre du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, la ligne « Conseiller en science de l'art, Adjoint en science de l'art ou conseiller adjoint en science de l'art (*) (2) 1 » est abrogée.

Art. 43 - L'article 4 du même arrêté du Gouvernement est remplacé par ce qui suit :

« Art. 4 - Le grade de directeur d'administration est supprimé au cadre dès que le dernier agent qui occupe ce grade revêt un autre grade, quitte définitivement le service ou est mis à la retraite. »

CHAPITRE 13 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 portant organisation du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents*

Art. 44 - Dans le chapitre 1^{er}, section 2, de l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 portant organisation du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021, il est inséré un article 12.2 rédigé comme suit :

« Art. 12.2 - Le conseil de direction désigne les supérieurs hiérarchiques immédiats dont le nom est communiqué par le directeur dès leur désignation et après chaque changement. Il peut s'agir d'agents statutaires, d'agents contractuels ou d'agents détachés de l'enseignement et chargés d'une mission pour le BRF. »

Art. 45 - Dans l'article 48, § 1^{er}, du même arrêté du Gouvernement, l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 46 - Dans l'article 98 du même arrêté du Gouvernement, la deuxième phrase est abrogée.

Art. 47 - Dans l'article 117, alinéa 2, du même arrêté du Gouvernement, les mots « le chef de département » sont à chaque fois remplacés par les mots « le supérieur hiérarchique immédiat », et les mots « de son département » sont abrogés.

Art. 48 - Dans le même arrêté du Gouvernement, modifié en dernier lieu par l'arrêté du 28 octobre 2021, il est inséré un chapitre 9.1, comportant les articles 207.1 à 207.6, intitulé comme suit :

« Chapitre 9.1 - Télétravail »

Art. 49 - Dans le chapitre 9.1 du même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 207.1 rédigé comme suit :

« Art. 207.1 - Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par :

1° télétravail structurel : dans le cadre de la relation de travail, l'exécution régulière du travail dans les locaux privés utilisés par l'agent, l'exécution du travail étant définie au préalable dans une convention établie conformément à l'article 207.2;

2° télétravail occasionnel : dans le cadre de la relation de travail, l'exécution occasionnelle du travail dans les locaux privés utilisés par l'agent avec l'accord écrit du supérieur hiérarchique immédiat, sans établissement préalable d'une convention conformément à l'article 207.2. »

Art. 50 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 207.2 rédigé comme suit :

« Art. 207.2 - Un agent peut à tout moment introduire une demande de télétravail structurel. Pour ce faire, il introduit au moins un mois avant le début prévu du télétravail structurel une demande écrite auprès :

1° de son supérieur hiérarchique immédiat si le télétravail structurel doit représenter jusqu'à 40 % de son temps de travail;

2° du directeur si le télétravail structurel doit représenter plus de 40 % de son temps de travail.

Le supérieur hiérarchique immédiat ou, selon le cas, le directeur vérifie si les attentes de l'agent sont compatibles avec les intérêts du service. En cas d'appréciation positive, il conclut avec l'agent, pour une durée de trois mois minimum à douze mois maximum, une convention écrite dans laquelle sont fixées les modalités du télétravail structurel.

La convention comporte au moins les éléments suivants :

1° le pourcentage de télétravail;

2° l'organisation temporelle, exprimée en heures ou en jours;

3° les manières d'être joignable pendant le télétravail. »

Art. 51 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 207.3 rédigé comme suit :

« Art. 207.3 - § 1^{er} - Dans le cas du télétravail structurel, l'agent reçoit par mois une indemnité de 100 euros multipliée par le pourcentage de télétravail fixé dans la convention établie conformément à l'article 207.2 au prorata d'une occupation à temps plein.

L'indemnité est liquidée en même temps que le traitement mensuel.

Si aucun service effectif n'est presté pendant une période d'au moins trente jours consécutifs, l'indemnité n'est pas liquidée à partir du trente-et-unième jour pour la durée de l'absence.

§ 2 - Dans le cas du télétravail occasionnel, l'agent ne reçoit aucune indemnité. »

Art. 52 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 207.4 rédigé comme suit :

« Art. 207.4 - Dans le cadre du télétravail, les règles fixées dans le règlement de travail et celles en matière de régime de temps de travail s'appliquent.

L'agent est joignable pendant le télétravail au cours de la plage horaire fixe de travail, telle qu'établie dans le règlement de travail.

Un agent n'a pas un droit absolu au télétravail structurel. Il est tenu de se conformer à l'appel exceptionnel d'un supérieur hiérarchique exigeant sa présence dans les locaux de l'employeur. »

Art. 53 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 207.5 rédigé comme suit :

« Art. 207.5 - § 1^{er} - Tout changement lié à l'affectation de l'agent auprès d'un autre supérieur hiérarchique immédiat met fin d'office à la convention établie conformément à l'article 207.2.

§ 2 - Si le supérieur hiérarchique immédiat constate des manquements dans l'exécution des tâches de l'agent et/ou quant à la possibilité de joindre ce dernier dans le cadre du télétravail, il peut mettre fin de manière anticipée à la convention établie conformément à l'article 207.2, après avoir entendu ledit agent. Si le supérieur hiérarchique immédiat met fin à la convention, il en informe l'agent concerné par écrit. La résiliation de la convention prend effet le dixième jour suivant le jour de la notification, à moins que les parties ne conviennent d'un autre délai.

§ 3 - L'agent peut mettre fin de manière anticipée à la convention établie conformément à l'article 207.2 si la durée de validité de celle-ci est supérieure à trois mois. La résiliation de la convention est notifiée par écrit au supérieur hiérarchique immédiat et prend effet le dixième jour suivant la notification, à moins que les parties ne conviennent d'un autre délai.

§ 4 - Si la convention établie conformément à l'article 207.2 a été signée par le directeur, il faut entendre par supérieur hiérarchique immédiat, tel que mentionné aux §§ 2 et 3, le directeur. »

Art. 54 - Dans le même chapitre, il est inséré un article 207.6 rédigé comme suit :

« Art. 207.6 - Le présent chapitre s'applique aux stagiaires et aux agents détachés de l'enseignement et chargés d'une mission pour le BRF. »

Art. 55 - À l'annexe IV du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le chapitre I^{er}, niveau II+, 4^o, les mots « si le titulaire est également porteur du certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur » sont abrogés;

2° dans le chapitre I^{er}, niveau II, 5^o, les mots « le certificat de fin de formation de futur chef d'entreprise (Meisterbrief) » sont remplacés par les mots « le certificat de fin d'apprentissage (Gesellenzeugnis) »;

3° dans le chapitre II, il est inséré un paragraphe § 1.1 rédigé comme suit :

« § 1.1 - Par dérogation au § 1^{er}, les diplômes délivrés par une haute école spécialisée allemande et qui ont pour titre "Diplom (FH)" sont classés dans la liste des diplômes donnant accès au niveau I si la durée des études est d'au moins trois ans et demi. »;

4° le même chapitre est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Sont admis également les certificats de fin d'apprentissage et de fin de formation de futur chef d'entreprise obtenus selon un régime étranger si, après avis de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME (IAWM), ils sont reconnus par le Gouvernement comme étant équivalents au certificat de fin d'apprentissage (Gesellenzeugnis) ou, selon le cas, au certificat de fin de formation de futur chef d'entreprise (Meisterbrief). »

CHAPITRE 14 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone*

Art. 56 - Dans le chapitre 4 de l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, il est inséré un article 18.1 rédigé comme suit :

« Art. 18.1 - *Télétravail*

Les articles 207.1 à 207.6 de l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 s'appliquent aux agents contractuels. »

CHAPITRE 15 - *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021 relatif à une allocation pour télétravail dans le cadre de la crise provoquée par le coronavirus*

Art. 57 - Dans la phrase introductive de l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021 relatif à une allocation pour télétravail dans le cadre de la crise provoquée par le coronavirus, la date du « 31 décembre 2021 » est remplacée par la date du « 31 mars 2022 ».

Art. 58 - Dans l'article 2, alinéa 2, du même arrêté du Gouvernement, le mot « deux » est remplacé par le mot « trois » et l'alinéa est complété par les mots « ainsi qu'en octobre 2022 ».

Art. 59 - À l'article 3 du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « 100 euros par semestre » sont remplacés par les mots « 50 euros par trimestre »;

2^o l'alinéa 3 est complété par les mots « ainsi qu'au mois de juin 2022 ».

Art. 60 - Dans l'article 5 du même arrêté du Gouvernement, la date du « 31 décembre 2021 » est remplacée par la date du « 31 mars 2022 ».

CHAPITRE 16 - *Dispositions finales*

Art. 61 - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} octobre 2022, à l'exception des articles 57 à 60, qui produisent leurs effets le 31 décembre 2021.

Art. 62 - Le Ministre compétent en matière de Personnel est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 15 septembre 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Annexe à l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022 instaurant le télétravail et modifiant différentes dispositions concernant le personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone

Barème			M4
Augmentation	annale	3	2 014,14
	biennale	3	2 014,14
	biennale	7	2 014,14
Min.			30 921,00
Max.			57 104,87
0			30 921,00
1			32 935,14
2			34 949,29
3			36 963,43
5			38 977,58
7			40 991,72
9			43 005,86
11			45 020,01
13			47 034,15
15			49 048,29
17			51 062,44
19			53 076,58
21			55 090,73
23			57 104,87

Barème			M3
Augmentation	annale	3	1 718,81
	biennale	3	1 718,81
	biennale	7	1 718,81
Min.			43 164,22
Max.			65 508,80
0			43 164,22
1			44 883,03
2			46 601,85
3			48 320,66
5			50 039,48
7			51 758,29
9			53 477,10
11			55 195,92
13			56 914,73
15			58 633,54
17			60 352,36
19			62 071,17
21			63 789,99
23			65 508,80

Barème			M2
Augmentation	annale	3	2 309,35
	biennale	3	2 309,35
	biennale	7	2 309,35
Min.			43 164,22
Max.			73 185,81
0			43 164,22
1			45 473,57
2			47 782,93
3			50 092,28
5			52 401,63
7			54 710,99
9			57 020,34
11			59 329,69
13			61 639,04
15			63 948,40
17			66 257,75
19			68 567,10
21			70 876,46
23			73 185,81

Barème			M1
Augmentation	annale	3	2 189,72
	biennale	3	2 189,72
	biennale	7	2 189,72

Barème			M1
Min.			58 918,98
Max.			87 385,33
0			58 918,98
1			61 108,70
2			63 298,42
3			65 488,14
5			67 677,86
7			69 867,58
9			72 057,30
11			74 247,01
13			76 436,73
15			78 626,45
17			80 816,17
19			83 005,89
21			85 195,61
23			87 385,33

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022 instaurant le télétravail et modifiant différentes dispositions concernant le personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone.

Eupen, le 15 septembre 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/206217]

15 SEPTEMBER 2022. — Besluit van de Regering tot invoering van telewerk en tot wijziging van verschillende bepalingen betreffende het personeel van het Ministerie en van bepaalde instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 68, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993 en artikel 87, § 1 en 3, vervangen bij de bijzondere wet van 8 augustus 1988;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 51, gewijzigd bij de wetten van 16 juli 1993 en 6 januari 2014, en artikel 54, eerste lid, vervangen bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 102, § 1, eerste lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 januari 1993 tot vaststelling van de spelbedragen voor de toekenning van een haardtoelage of van een standplaatstoelage aan het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de parageenschappelijke instellingen;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 30 november 2000 betreffende de regeling van de tegemoetkoming van de Duitstalige Gemeenschap en van sommige instellingen van openbaar nut in de vervoerkosten van de personeelsleden;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 december 2000 houdende toekenning van een kilometervergoeding voor het gebruik van de fiets op de weg van en naar het werk aan de personeelsleden van het Ministerie en van sommige instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 september 2001 betreffende de loopbaanonderbreking in het Ministerie en in de parageenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 5 juni 2003 betreffende het vakantiegeld toegekend aan de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de parageenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 december 2005 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van de Regering, van het Ministerie en van bepaalde parageenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 april 2015 tot regeling van de terugbetaling van onkosten in sommige instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 mei 2019 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 betreffende een thuiswerkvergoeding in het kader van de coronacrisis;

Gelet op het met redenen omklede advies van de directieraad van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 31 mei 2022;

Gelet op protocol S9/2022 van 28 juni 2022 van het sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 18 juli 2022;

Gelet op advies 72.028/1/V van de Raad van State, gegeven op 7 september 2022, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 - Wijziging van het besluit van de Regering van 20 januari 1993 tot vaststelling van de spelbedragen voor de toekenning van een haardoelage of van een standplaatstoelage aan het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de parageenschappelijke instellingen

Artikel 1 - Artikel 1, 3°, van het besluit van de Regering van 20 januari 1993 tot vaststelling van de spelbedragen voor de toekenning van een haardoelage of van een standplaatstoelage aan het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de parageenschappelijke instellingen, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 februari 2003, wordt vervangen als volgt:

“3° de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;”

HOOFDSTUK 2 - Wijziging van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren

Art. 2 - In artikel 10 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het derde lid wordt vervangen als volgt:

“De Regering wijst voor een verlengbare termijn van vijf jaar hoogstens twee plaatsvervangers van de secretaris-generaal aan onder de ambtenaren of contractuele personeelsleden van niveau I die een positieve evaluatie hebben gekregen en die op het tijdstip van de aanstelling een algemene dienstanciënniteit van minstens 15 jaar hebben.”

2° in het vierde lid worden de woorden “plaatsvervangende secretaris-generaal” vervangen door de woorden “plaatsvervanger van de secretaris-generaal”;

3° het artikel wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende:

“Als de secretaris-generaal wegens ziekteverlof of een andere vorm van verlof afwezig is of niet in de mogelijkheid verkeert om het Ministerie te leiden, worden de specifieke beslissingsbevoegdheden van de secretaris-generaal van ambtswege overgedragen aan zijn plaatsvervanger. Als de Regering meer dan één plaatsvervanger voor de secretaris-generaal aanwijst, worden de beslissingsbevoegdheden overdragen aan de plaatsvervanger met de hoogste algemene dienstanciënniteit. De onmogelijkheid om het Ministerie te leiden, wordt vastgesteld door twee leden van de directieraad, met uitzondering van de secretaris-generaal; de beslissing wordt unaniem genomen.”

Art. 3 - In artikel 10.1 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden “plaatsvervangende secretarissen-generaal” vervangen door de woorden “plaatsvervangers van de secretaris-generaal”;

2° in het tweede lid worden de woorden “plaatsvervangende secretaris-generaal” vervangen door de woorden “plaatsvervanger van de secretaris-generaal”.

Art. 4 - Artikel 11, § 1, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt vervangen als volgt:

“ § 1 - De directieraad van het Ministerie telt minstens drie leden en bestaat uit de secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal en de bestuursdirecteurs. De secretaris-generaal bekleedt het voorzitterschap.”

Art. 5 - In artikel 11.3 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden “plaatsvervangende secretaris-generaal bevoegd voor Personeel” telkens vervangen door de woorden “secretaris-generaal of diens plaatsvervanger”;

2° in het derde lid worden de woorden “plaatsvervangende secretaris-generaal bevoegd voor Personeel” vervangen door de woorden “secretaris-generaal of diens plaatsvervanger”.

Art. 6 - In hoofdstuk I, afdeling 2, van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 17 januari 2013, 19 januari 2017 en 28 oktober 2021, wordt een artikel 11.4 ingevoegd, luidende:

“Art. 11.4 - De directieraad wijst de onmiddellijke hiërarchische meerderen aan en de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger maakt hun naam zo snel mogelijk na de aanwijzing en na elke wijziging bekend. Hierbij kan het gaan om ambtenaren, om contractuele personeelsleden of om personeelsleden uit het onderwijs die met een opdracht voor het Ministerie zijn belast.”

Art. 7 - Artikel 39, § 1, derde lid, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt opgeheven.

Art. 8 - In artikel 71 van hetzelfde besluit van de Regering, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 23 mei 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid wordt opgeheven;

2° het tiende lid wordt vervangen als volgt:

"De ambtenaar die door de Regering als plaatsvervanger van de secretaris-generaal wordt aangewezen, wordt voor de duur van zijn aanwijzing ingeschaald in weddeschaal M2. Deze bepaling heeft geen enkele uitwerking op de regeling inzake bevorderingen."

3° het elfde lid wordt vervangen als volgt:

"De ambtenaar die door de Regering als departementshoofd wordt aangewezen, wordt voor de duur van zijn aanwijzing ingeschaald in weddeschaal M4. Deze bepaling heeft geen enkele uitwerking op de regeling inzake bevorderingen."

Art. 9 - Artikel 87.5 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt opgeheven.

Art. 10 - In artikel 91 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt de tweede zin opgeheven.

Art. 11 - In artikel 105, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "het departementshoofd" telkens vervangen door de woorden "de onmiddellijke hiërarchische meerdere" en worden de woorden "van zijn departement" opgeheven.

Art. 12 - In hetzelfde besluit van de Regering, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, wordt een hoofdstuk VIII.1 ingevoegd, dat de artikelen 191.1 tot 191.6 bevat, luidende:

"HOOFDSTUK VIII.1 - TELEWERK"

Art. 13 - In hoofdstuk VIII.1 van hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 191.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 191.1 - Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt verstaan onder:

1° structureel telewerk: het in het kader van de arbeidsverhouding regelmatig verrichten van het werk in de door de ambtenaar gebruikte privéruimten, waarbij de verrichting van het werk vooraf wordt vastgelegd in een overeenkomst die overeenkomstig artikel 191.2 is opgemaakt;

2° occasioneel telewerk: het in het kader van de arbeidsverhouding occasioneel verrichten van het werk in de door de ambtenaar gebruikte privéruimten met schriftelijke toestemming van de onmiddellijke hiërarchische meerdere, zonder overeenkomst die vooraf overeenkomstig artikel 191.2 is opgemaakt."

Art. 14 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 191.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 191.2 - Een ambtenaar kan te allen tijde een aanvraag indienen om structureel telewerk te verrichten. Daartoe dient hij minstens één maand vóór het geplande begin van het structureel telewerk een schriftelijke aanvraag in bij:

1° zijn onmiddellijke hiërarchische meerdere als het structureel telewerk tot 40 % van de arbeidstijd van de ambtenaar zal bedragen;

2° de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger, indien het structureel telewerk meer dan 40 % van de arbeidstijd van de ambtenaar zal bedragen.

De onmiddellijke hiërarchische meerdere of, naargelang van het geval, de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger onderzoekt of de voorstellingen van de ambtenaar verenigbaar zijn met het belang van de dienst. In geval van een positieve beoordeling sluit hij met de ambtenaar een schriftelijke overeenkomst waarin de modaliteiten van het structureel telewerk worden vastgelegd voor een periode van minstens drie tot hoogstens twaalf maanden.

Die overeenkomst bevat ten minste de volgende gegevens:

1° het percentage telewerk;

2° de tijdsplanning, uitgedrukt in uren of dagen;

3° de vormen van bereikbaarheid tijdens het telewerk."

Art. 15 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 191.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 191.3 - § 1 - Voor structureel telewerk ontvangt de ambtenaar per maand een vergoeding van 100 euro, vermenigvuldigd met het percentage telewerk ten opzichte van een voltijdse betrekking dat is vastgelegd in de overeenkomstig artikel 191.2 opgestelde overeenkomst.

De vergoeding wordt samen met de maandwedde uitbetaald.

Als tijdens ten minste dertig opeenvolgende dagen geen werkelijke diensten verricht worden, wordt de vergoeding vanaf de 31e dag voor de duur van de afwezigheid niet uitbetaald.

§ 2 - De ambtenaar ontvangt geen vergoeding voor occasioneel telewerk."

Art. 16 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 191.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 191.4 - Tijdens het telewerk zijn de regels van het arbeidsreglement en de arbeidstijdregeling van toepassing.

Tijdens het telewerk is de ambtenaar bereikbaar in de kerntijden zoals die in het arbeidsreglement zijn vastgelegd.

Een ambtenaar heeft geen absoluut recht op structureel telewerk. Hij is verplicht gevolg te geven aan een uitzonderlijke terugroeping door een meerdere om fysiek aanwezig te zijn en in de gebouwen van de werkgever te werken."

Art. 17 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 191.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 191.5 - § 1 - Elke wijziging in de toewijzing van de ambtenaar aan een onmiddellijke hiërarchische meerdere maakt van ambtswege een einde aan de overeenkomst die overeenkomstig artikel 191.2 is opgesteld.

§ 2 - Indien de onmiddellijke hiërarchische meerdere tekortkomingen vaststelt in de uitoefening van de taken en/of de bereikbaarheid van de ambtenaar tijdens het telewerk, dan kan de onmiddellijke hiërarchische meerdere de overeenkomstig artikel 191.2 opgestelde overeenkomst voortijdig beëindigen, nadat hij de ambtenaar heeft gehoord. Indien de onmiddellijke hiërarchische meerdere een einde maakt aan de overeenkomst, deelt hij dit schriftelijk mee aan de ambtenaar. De beëindiging wordt van kracht op de tiende dag na de datum van de kennisgeving, tenzij de partijen een andere termijn overeenkomen.

§ 3 - De ambtenaar kan de overeenkomstig artikel 191.2 opgestelde overeenkomst voortijdig beëindigen, als de duur van de overeenkomst meer dan drie maanden bedraagt. De beëindiging wordt schriftelijk gericht aan de onmiddellijke hiërarchische meerdere en wordt van kracht op de tiende dag na de datum van de kennisgeving, tenzij de partijen een andere termijn overeenkomen.

§ 4 - Indien de overeenkomstig artikel 191.2 opgestelde overeenkomst is ondertekend door de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger, wordt onder de in de § 2 en 3 bedoelde onmiddellijke hiërarchische meerdere de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger verstaan."

Art. 18 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 191.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 191.6 - Dit hoofdstuk is van toepassing op de stagiairs en op de personeelsleden uit het onderwijs die belast zijn met een opdracht voor het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 19 - In hoofdstuk XII van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 10 maart 2005, 17 januari 2013 en 28 oktober 2021, wordt een artikel 225.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 225.4 - De twee bestuursdirecteurs die op 1 oktober 2022 lid zijn van de directieraad en die de hoogste graadanciënniteit hebben, worden met ingang van diezelfde datum voor vijf jaar aangewezen als plaatsvervangers van de secretaris-generaal."

Art. 20 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 225.5 ingevoegd, luidende:

"Art 225.5 - In afwijking van artikel 71, elfde lid, wordt de door de Regering als departementshoofd aangewezen ambtenaar die op 1 oktober 2022 op basis van weddeschaal I/10, I/10-59, I/10bis of I/10bis-59 wordt bezoldigd en die een geldelijke anciënniteit van 20 jaar en een geldelijke anciënniteit als departementshoofd van minstens 10 jaar heeft, voor de duur van zijn aanwijzing ingeschaald in weddeschaal I/10ter of, naargelang van het geval, I/10ter-59.

In afwijking van de artikelen 87.2 tot 87.4 heeft het door de Regering aangewezen departementshoofd dat overeenkomstig het eerste lid wordt bezoldigd, geen recht op een toelage voor managements- en stafopdrachten."

Art. 21 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 225.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 225.6 - Eventuele, in bestaande besluiten of beslissingen van de Regering vermelde verwijzingen naar weddeschaal I/12 moeten worden begrepen als verwijzingen naar weddeschaal M1."

Art. 22 - In bijlage II van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 4 september 2012 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, worden de weddeschalen M4, M3, M2 en M1 die in de bijlage van dit besluit zijn opgenomen, ingevoegd in de weddeschalen die gelden vanaf 1 januari 2019.

Art. 23 - In bijlage III van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 4 september 2012 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, worden de eerste en de tweede regel in niveau I vervangen als volgt:

"Secretaris-generaal M1

Bestuursdirecteur M3"

Art. 24 - In bijlage VII van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 4 september 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in hoofdstuk I, niveau II+, 4°, worden de woorden "diploma van opleiding tot ondernemingshoofd" vervangen door de woorden "diploma van opleiding tot ondernemingshoofd (Meisterbrief)" en worden de woorden "indien de houder van het diploma van opleiding tot ondernemingshoofd ook over een eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs beschikt" opgeheven;

2° in hoofdstuk I, niveau II, 5°, worden de woorden "diploma van opleiding tot ondernemingshoofd" vervangen door het woord "eindeleertijdsgetuigschrift";

3° in hoofdstuk II wordt een paragraaf 1.1 ingevoegd, luidende:

"§ 1.1 - In afwijking van § 1 worden diploma's die zijn afgegeven door een Duitse Fachhochschule en die de titel "Diplom (FH)" dragen, opgenomen in de lijst van diploma's die toegang verlenen tot niveau I, indien de studieperiode ten minste 3,5 jaar beslaat."

4° in hetzelfde hoofdstuk wordt een paragraaf 4 ingevoegd, luidende:

"§ 4 - De in overeenstemming met een buitenlandse regeling behaalde eindeleertijdsgetuigschriften en diploma's van opleiding tot ondernemingshoofd (Meisterbriefe) worden eveneens in aanmerking genomen, indien ze na advies van het IAWM gelijkwaardig zijn verklaard met het eindeleertijdsgetuigschrift of met het diploma van opleiding tot ondernemingshoofd (Meisterbrief)."

HOOFDSTUK 3 - Wijziging van het besluit van de Regering van 30 november 2000 betreffende de regeling van de tegemoetkoming van de Duitstalige Gemeenschap en van sommige instellingen van openbaar nut in de vervoerkosten van de personeelsleden

Art. 25 - Artikel 1, 2°, a), van het besluit van de Regering van 30 november 2000 betreffende de regeling van de tegemoetkoming van de Duitstalige Gemeenschap en van sommige instellingen van openbaar nut in de vervoerkosten van de personeelsleden wordt vervangen als volgt:

"a) de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;"

Art. 26 - Artikel 2, § 3, van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - Bij een deeltijdse betrekking wordt de tegemoetkoming verminderd in verhouding tot het tewerkstellingspercentage.

Indien het personeelslid op basis van een schriftelijke overeenkomst een deel van zijn werktijd als structureel telewerk verricht, wordt de bijdrage van de werkgever in de vervoerkosten verminderd in verhouding tot het percentage telewerk."

HOOFDSTUK 4 - Wijziging van het besluit van de Regering van 20 december 2000 houdende toekenning van een kilometervergoeding voor het gebruik van de fiets op de weg van en naar het werk aan de personeelsleden van het Ministerie en van sommige instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 27 - Artikel 1, 2°, eerste streepje, van het besluit van de Regering van 20 december 2000 houdende toekenning van een kilometervergoeding voor het gebruik van de fiets op de weg van en naar het werk aan de personeelsleden van het Ministerie en van sommige instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap wordt vervangen als volgt:

"- de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;"

HOOFDSTUK 5 - *Wijziging van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan*

Art. 28 - Artikel 1, 1°, van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan wordt vervangen als volgt:

"1° de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;"

Art. 29 - In artikel 15.2 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en vervangen bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden na het woord "172" de woorden ", 191.2, 191.5" ingevoegd.

Art. 30 - In artikel 17 van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 29 oktober 2015, wordt de eerste regel vervangen als volgt:

"Afgevaardigd directeur M3"

HOOFDSTUK 6 - *Wijziging van het besluit van de Regering van 28 september 2001 betreffende de loopbaanonderbreking in het Ministerie en in de paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 31 - In artikel 1 van het besluit van de Regering van 28 september 2001 betreffende de loopbaanonderbreking in het Ministerie en in de paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

"2° de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;"

2° in de bepaling onder 4° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

3° er wordt een bepaling onder 5° ingevoegd, luidende:

"5° het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap."

HOOFDSTUK 7 - *Wijziging van het besluit van de Regering van 5 juni 2003 betreffende het vakantiegeld toegekend aan de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 32 - Artikel 1, 2°, van het besluit van de Regering van 5 juni 2003 betreffende het vakantiegeld toegekend aan de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap wordt vervangen als volgt:

"2° de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;"

HOOFDSTUK 8 - *Wijziging van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut*

Art. 33 - Artikel 1, eerste lid, 3°, van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut wordt vervangen als volgt:

"3° de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;"

Art. 34 - In artikel 9.2 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "1/8" vervangen door het woord "M4" en worden de woorden "tot het met toepassing van de bepalingen van artikel 12 van dit besluit op basis van een hogere weddeschaal bezoldigd wordt" opgeheven;

2° het tweede lid wordt opgeheven;

3° in het derde lid worden de woorden "en het tweede" opgeheven.

Art. 35 - In hoofdstuk III van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 13 januari 2017 en 23 mei 2019, wordt een artikel 9.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 9.4 - Plaatsvervanger van de secretaris-generaal

Indien een contractueel personeelslid van het Ministerie door de Regering wordt aangewezen als plaatsvervanger van de secretaris-generaal overeenkomstig artikel 10 van hetzelfde besluit van de Regering van 27 december 1996, wordt betrokkene gedurende zijn aanstelling als plaatsvervanger van de secretaris-generaal bezoldigd op basis van weddeschaal M2. Deze bepaling heeft geen enkele uitwerking op de financiële opwaardering."

Art. 36 - In hoofdstuk IIIbis van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 23 mei 2019, wordt een artikel 12.7 ingevoegd, luidende:

"Art. 12.7 - Telewerk

De artikelen 191.1 tot 191.6 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 zijn van toepassing op de contractuele personeelsleden."

HOOFDSTUK 9 - *Wijziging van het besluit van de Regering van 22 december 2005 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van de Regering, van het Ministerie en van bepaalde paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 37 - In artikel 2, eerste lid, 4°, van het besluit van de Regering van 22 december 2005 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van de Regering, van het Ministerie en van bepaalde paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden "Dienst voor de personen met een handicap" vervangen door de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven".

Art. 38 - In artikel 3, § 2, derde lid, 2°, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 20 februari 2014, worden de woorden "Dienst voor de personen met een handicap" vervangen door de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven".

HOOFDSTUK 10 - *Wijziging van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 39 - Artikel 2, eerste lid, van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt opgeheven.

Art. 40 - In artikel 13 van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van van 21 februari 2017, 30 mei 2017 en 31 januari 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° er wordt een bepaling onder 1.1° ingevoegd, luidende:

"1.1° het voorstel tot vorming van een administratieve eenheid in ontvangst nemen, het voorstel indienen bij de directieraad, de medewerkers toewijzen aan een eenheidshoofd overeenkomstig artikel 11.3 van hetzelfde besluit;"

2° er wordt een bepaling onder 1.2° ingevoegd, luidende:

"1.2° overeenkomstig artikel 11.4 van hetzelfde besluit meedelen wie de directieraad als onmiddellijke hiërarchische meerderen heeft aangewezen;"

3° de bepaling onder 11° wordt opgeheven;

4° er wordt een bepaling onder 39.1° ingevoegd, luidende:

"39.1° een overeenkomst over structureel telewerk sluiten, alsook de aanvraag voor structureel telewerk in ontvangst nemen en toetsen overeenkomstig artikel 191.2 van hetzelfde besluit;"

5° er wordt een bepaling onder 39.2° ingevoegd, luidende:

"39.2° de voortijdige beëindiging van een overeenkomst over structureel telewerk overeenkomstig artikel 191.5, § 4, van hetzelfde besluit bewerkstelligen of in ontvangst nemen;"

*HOOFDSTUK 11 - Wijziging van het besluit van de Regering van 23 april 2015
tot regeling van de terugbetaling van onkosten in sommige instellingen van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 41 - Artikel 15, derde lid, van het besluit van de Regering van 23 april 2015 tot regeling van de terugbetaling van onkosten in sommige instellingen van de Duitstalige Gemeenschap wordt opgeheven.

*HOOFDSTUK 12 - Wijziging van het besluit van de Regering van 13 april 2017
tot vaststelling van de personeelsformatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 42 - In artikel 1 van het besluit van de Regering van 13 april 2017 tot vaststelling van de personeelsformatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt de regel "Kunstwetenschappelijk adviseur Kunstwetenschappelijk adjunct of kunstwetenschappelijk adjunct-adviseur (*) (2) 1" opgeheven.

Art. 43 - Artikel 4 van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"Art. 4 - De graad "bestuursdirecteur" wordt in de personeelsformatie geschrapt, zodra de laatste ambtenaar die deze graad bekleedt, een andere graad krijgt, de dienst definitief verlaat of met pensioen gaat."

HOOFDSTUK 13 - Wijziging van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren

Art. 44 - In hoofdstuk I, afdeling 2, van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, wordt een artikel 12.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 12.2 - De directieraad wijst de onmiddellijke hiërarchische meerderen aan en de directeur maakt hun naam zo snel mogelijk na de aanwijzing en na elke wijziging bekend. Hierbij kan het gaan om ambtenaren, om contractuele personeelsleden of om personeelsleden uit het onderwijs die met een opdracht voor het BRF zijn belast."

Art. 45 - Artikel 48, § 1, derde lid, van hetzelfde besluit van de Regering wordt opgeheven.

Art. 46 - In artikel 98 van hetzelfde besluit van de Regering wordt de tweede zin opgeheven.

Art. 47 - In artikel 117, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering worden de woorden "het departementshoofd" telkens vervangen door de woorden "de onmiddellijke hiërarchische meerdere" en worden de woorden "van zijn departement" opgeheven.

Art. 48 - In hetzelfde besluit van de Regering, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, wordt een hoofdstuk 9.1 ingevoegd, dat de artikelen 207.1 tot 207.6 bevat, luidende:

"HOOFDSTUK 9.1 - TELEWERK"

Art. 49 - In hoofdstuk 9.1 van hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 207.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.1 - Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt verstaan onder:

1° structureel telewerk: het in het kader van de arbeidsverhouding regelmatig verrichten van het werk in de door de ambtenaar gebruikte privéruimten, waarbij de verrichting van het werk vooraf wordt vastgelegd in een overeenkomst die overeenkomstig artikel 207.2 is opgemaakt;

2° occasioneel telewerk: het in het kader van de arbeidsverhouding occasioneel verrichten van het werk in de door de ambtenaar gebruikte privéruimten met schriftelijke toestemming van de onmiddellijke hiërarchische meerdere, zonder overeenkomst die vooraf overeenkomstig artikel 207.2 is opgemaakt."

Art. 50 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 207.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.2 - Een ambtenaar kan te allen tijde een aanvraag indienen om structureel telewerk te verrichten. Daartoe dient hij minstens een maand vóór het geplande begin van het structureel telewerk een schriftelijke aanvraag in bij

1° zijn onmiddellijke hiërarchische meerdere als het structureel telewerk tot 40 % van de arbeidstijd van de ambtenaar zal bedragen;

2° de directeur, indien het structureel telewerk meer dan 40 % van de arbeidstijd van de ambtenaar zal bedragen.

De onmiddellijke hiërarchische meerdere of, naargelang van het geval, de directeur onderzoekt of de voorstellingen van de ambtenaar verenigbaar zijn met het belang van de dienst. In geval van een positieve beoordeling sluit hij met de ambtenaar een schriftelijke overeenkomst waarin de modaliteiten van het structureel telewerk worden vastgelegd voor een periode van minstens drie tot hoogstens twaalf maanden.

Die overeenkomst bevat ten minste de volgende gegevens:

1° het percentage telewerk;

2° de tijdsplanning, uitgedrukt in uren of dagen;

3° de vormen van bereikbaarheid tijdens het telewerk."

Art. 51 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 207.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.3 - § 1 - Voor structureel telewerk ontvangt de ambtenaar per maand een vergoeding van 100 euro, vermenigvuldigd met het percentage telewerk ten opzichte van een voltijdse betrekking dat is vastgelegd in de overeenkomstig artikel 207.2 opgestelde overeenkomst.

De vergoeding wordt samen met de maandwedde uitbetaald.

Als tijdens ten minste dertig opeenvolgende dagen geen werkelijke diensten verricht worden, wordt de vergoeding vanaf de 31e dag voor de duur van de afwezigheid niet uitbetaald.

§ 2 - De ambtenaar ontvangt geen vergoeding voor occasioneel telewerk."

Art. 52 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 207.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.4 - Tijdens het telewerk zijn de regels van het arbeidsreglement en de arbeidstijdregeling van toepassing.

Tijdens het telewerk is de ambtenaar bereikbaar in de kerntijden zoals die in het arbeidsreglement zijn vastgelegd.

Een ambtenaar heeft geen absoluut recht op structureel telewerk. Hij is verplicht gevolg te geven aan een uitzonderlijke terugroeping door een meerdere om fysiek aanwezig te zijn en in de gebouwen van de werkgever te werken."

Art. 53 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 207.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.5 - § 1 - Elke wijziging in de toewijzing van de ambtenaar aan een onmiddellijke hiërarchische meerdere maakt van ambtswege een einde aan de overeenkomst die overeenkomstig artikel 207.2 is opgesteld.

§ 2 - Indien de onmiddellijke hiërarchische meerdere tekortkomingen vaststelt in de uitoefening van de taken en/of de bereikbaarheid van de ambtenaar tijdens het telewerk, dan kan de onmiddellijke hiërarchische meerdere de overeenkomstig artikel 207.2 opgestelde overeenkomst voortijdig beëindigen, nadat hij de ambtenaar heeft gehoord. Indien de onmiddellijke hiërarchische meerdere een einde maakt aan de overeenkomst, deelt hij dit schriftelijk mee aan de ambtenaar. De beëindiging wordt van kracht op de tiende dag na de datum van de kennisgeving, tenzij de partijen een andere termijn overeenkomen.

§ 3 - De ambtenaar kan de overeenkomstig artikel 207.2 opgestelde overeenkomst voortijdig beëindigen, als de duur van de overeenkomst meer dan drie maanden bedraagt. De beëindiging wordt schriftelijk gericht aan de onmiddellijke hiërarchische meerdere en wordt van kracht op de tiende dag na de datum van de kennisgeving, tenzij de partijen een andere termijn overeenkomen.

§ 4 - Indien de overeenkomstig artikel 207.2 opgestelde overeenkomst is ondertekend door de directeur, wordt onder de in de § 2 en 3 bedoelde onmiddellijke hiërarchische meerdere de directeur verstaan."

Art. 54 - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 207.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.6 - Dit hoofdstuk is van toepassing op de stagiairs en op de personeelsleden uit het onderwijs die belast zijn met een opdracht voor het BRF."

Art. 55 - In bijlage IV van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in hoofdstuk I, niveau II+, 4°, worden de woorden "diploma van opleiding tot ondernemingshoofd (Meisterdiplom)" vervangen door de woorden "diploma van opleiding tot ondernemingshoofd (Meisterbrief)" en worden de woorden "indien de houder van het diploma van opleiding tot ondernemingshoofd ook over een eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs beschikt" opgeheven;

2° in hoofdstuk I, niveau II, 5°, worden de woorden "diploma van opleiding tot ondernemingshoofd (Meisterdiplom)" vervangen door het woord "eindeleertijdsgetuigschrift";

3° in hoofdstuk II wordt een paragraaf 1.1 ingevoegd, luidende:

"§ 1.1 - In afwijking van paragraaf 1 worden diploma's die zijn afgegeven door een Duitse Fachhochschule en die de titel "Diplom (FH)" dragen, opgenomen in de lijst van diploma's die toegang verlenen tot niveau I, indien de studieperiode ten minste 3,5 jaar beslaat."

4° in hetzelfde hoofdstuk wordt een paragraaf 4 ingevoegd, luidende:

"De in overeenstemming met een buitenlandse regeling behaalde eindeleertijdsgetuigschriften en diploma's van opleiding tot ondernemingshoofd (Meisterbriefe) worden eveneens in aanmerking genomen, indien ze na advies van het IAWM gelijkwaardig zijn verklaard met het eindeleertijdsgetuigschrift of met het diploma van opleiding tot ondernemingshoofd (Meisterbrief)."

HOOFDSTUK 14 - Wijziging van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 56 - In hoofdstuk 4 van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap wordt een artikel 18.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 18.1 - Telewerk

De artikelen 207.1 tot 207.6 van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 zijn van toepassing op de contractuele personeelsleden."

HOOFDSTUK 15 - Wijziging van het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 betreffende een thuiswerkvergoeding in het kader van de coronacrisis

Art. 57 - In de inleidende zin van artikel 1, eerste lid, van het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 betreffende een thuiswerkvergoeding in het kader van de coronacrisis worden de woorden "31 december 2021" vervangen door de woorden "31 maart 2022".

Art. 58 - In artikel 2, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering wordt het woord "twee" vervangen door het woord "drie" en wordt de zin aangevuld met de woorden "en in oktober 2022".

Art. 59 - In artikel 3 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "100 euro per halfjaar" vervangen door de woorden "50 euro per kwartaal";

2° het derde lid wordt op het einde van de zin aangevuld met de woorden "en in juni 2022".

Art. 60 - In artikel 5 van hetzelfde besluit van de Regering worden de woorden "31 december 2021" vervangen door de woorden "31 maart 2022".

HOOFDSTUK 16 - Slotbepalingen

Art. 61 - Dit besluit treedt in werking op 1 oktober 2022, met uitzondering van de artikelen 57 tot 60, die uitwerking hebben met ingang van 31 december 2021.

Art. 62 - De minister bevoegd voor Personeel is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 15 september 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

Bijlage bij het besluit van de Regering van 15 september 2022 tot invoering van telewerk en tot wijziging van verschillende bepalingen betreffende het personeel van het Ministerie en van bepaalde instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap

Barema			M4
Verhoging	jaarl.	3	2.014,14
	tweejaarl.	3	2.014,14
	tweejaarl.	7	2.014,14
Min.			30.921,00
Max.			57.104,87
0			30.921,00
1			32.935,14
2			34.949,29
3			36.963,43
5			38.977,58
7			40.991,72
9			43.005,86
11			45.020,01
13			47.034,15
15			49.048,29
17			51.062,44
19			53.076,58
21			55.090,73
23			57.104,87

Barema			M3
Verhoging	jaarl.	3	1.718,81
	tweejaarl.	3	1.718,81
	tweejaarl.	7	1.718,81
Min.			43.164,22
Max.			65.508,80
0			43.164,22
1			44.883,03
2			46.601,85
3			48.320,66
5			50.039,48
7			51.758,29
9			53.477,10
11			55.195,92
13			56.914,73

Barema			M3
15			58.633,54
17			60.352,36
19			62.071,17
21			63.789,99
23			65.508,80

Barema			M2
Verhoging	jaarl.	3	2.309,35
	tweejaarl.	3	2.309,35
	tweejaarl.	7	2.309,35
Min.			43.164,22
Max.			73.185,81
0			43.164,22
1			45.473,57
2			47.782,93
3			50.092,28
5			52.401,63
7			54.710,99
9			57.020,34
11			59.329,69
13			61.639,04
15			63.948,40
17			66.257,75
19			68.567,10
21			70.876,46
23			73.185,81

Barema			M1
Verhoging	jaarl.	3	2189,72
	tweejaarl.	3	2189,72
	tweejaarl.	7	2189,72
Min.			58.918,98
Max.			87.385,33
0			58.918,98
1			61.108,70
2			63.298,42
3			65.488,14
5			67.677,86
7			69.867,58
9			72.057,30
11			74.247,01
13			76.436,73
15			78.626,45
17			80.816,17

Barema			M1
19			83.005,89
21			85.195,61
23			87.385,33

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022 tot invoering van telewerk en tot wijziging van verschillende bepalingen betreffende het personeel van het Ministerie en van bepaalde instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap.

Eupen, 15 september 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C – 2022/34181]

15 SEPTEMBRE 2022. — Arrêté du Gouvernement wallon exécutant le décret du 2 mai 2019 relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes

Le Gouvernement wallon,

Vu la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, l'article 4, §§ 1^{er} et 2, remplacé par le décret du 6 décembre 2001 relatif à la conservation des sites Natura 2000 ainsi que de la faune et de la flore sauvages, l'article 5 ter, § 2, remplacé par le décret du 2 mai 2019, les articles 23 et 38 ;

Vu le décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement, les articles 3, alinéa 4, 17, alinéa 1^{er}, 21, alinéa 3, 45, § 2, 83, alinéa 1^{er}, et 97, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 3 février 2005 et par le décret du 22 novembre 2007 ;

Vu le décret du 15 juillet 2008 relatif au Code forestier, l'article 42 ;

Vu le Code wallon de l'Agriculture, l'article D.249, alinéa 1^{er} ;

Vu le décret du 2 mai 2019 relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes, les articles 4, 5, 7, §§ 1^{er} et 2, alinéa 1^{er}, 8, 9, 10, § 1^{er}, alinéa 3, 11, alinéa 3, 12, alinéa 1^{er}, 13, § 2, alinéas 1^{er} et 3, 14, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, 15, 16, 17, alinéa 1^{er}, 18, 19, §§ 1^{er} à 4, 20, 26, 27, §§ 1^{er} et 2, 28, 37, § 1^{er}, et 39 ;

Vu l'arrêté royal du 2 avril 1979 établissant le règlement de gestion des réserves forestières, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 20 décembre 2007 et par l'arrêté du Gouvernement wallon du 29 juin 2017 ;

Vu l'arrêté de l'exécutif régional wallon du 8 juin 1989 relatif à la protection des zones humides d'intérêt biologique, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 10 juillet 1997 et par l'arrêté du Gouvernement wallon du 29 juin 2017 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 26 janvier 1995 organisant la protection des cavités souterraines d'intérêt scientifique, modifié par l'arrêté du 29 juin 2017 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 4 juillet 2002 arrêtant la liste des projets soumis à étude d'incidences et des installations et activités classées ou des installations ou des activités présentant un risque pour le sol, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement wallon du 3 février 2022 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 4 juillet 2002 relatif à la procédure et à diverses mesures du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement wallon du 17 février 2022 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 27 mai 2009 relatif à l'entrée en vigueur et à l'exécution du décret du 15 juillet 2008 relatif au Code forestier, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 15 mai 2014, par l'arrêté du Gouvernement wallon du 24 mars 2016 et par l'arrêté du Gouvernement wallon du 7 juillet 2016 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 juillet 2013, relatif à une application des pesticides compatible avec le développement durable et modifiant le Livre II du Code de l'Environnement, contenant le Code de l'Eau et l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 5 novembre 1987 relatif à l'établissement d'un rapport sur l'état de l'environnement wallon, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 14 juin 2018 et par l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 avril 2019 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 12 février 2015 exécutant le régime des paiements directs en faveur des agriculteurs, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement wallon du 23 décembre 2021 ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 29 octobre 2018 ;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 8 novembre 2018 ;

Vu le rapport du 8 novembre 2018 établi conformément à l'article 3, 2^o, du décret du 11 avril 2014 visant à la mise en œuvre des résolutions de la Conférence des Nations Unies sur les femmes à Pékin de septembre 1995 et intégrant la dimension du genre dans l'ensemble des politiques régionales ;

Vu l'avis du pôle « Ruralité », donné le 18 décembre 2018 ;

Vu l'avis du pôle « Ruralité », donné le 28 janvier 2022 ;

Vu l'avis du pôle « Environnement », donné le 22 février 2022 ;

Vu l'avis de n°40/2019 de l'Autorité de protection des données, donné le 6 février 2019 ;

Vu l'avis n° 71.393/4 du Conseil d'Etat, donné le 18 mai 2022, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Considérant le règlement (UE) n° 1143/2014 du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes ;

Considérant l'accord de coopération du 30 janvier 2019 entre l'Etat fédéral, les Communautés et les Régions relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes ;